

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/27

Bonn, 11. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 3 Wir müssen uns auf die Zukunft vorbereiten 127

Von Albert Osswald,
Ministerpräsident von Hessen

4 Neue Protestmethode eines Amerikaners 42

Vietnam-Krieg und Steuergelder

Von Paul Neumüller, New York

5 - 6 Die Juden in Rumänien 72

Konflikt zwischen Kairo und Bukarest

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Wir müssen uns auf die Zukunft vorbereiten

Von Albert Osswald, Ministerpräsident von Hessen

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik, wie in anderen Ländern der westlichen Welt und des Ostblocks, das Interesse an der Zukunftsforschung und Zukunftsplanung stetig gewachsen. Die fatalistische Auffassung, daß die Zukunft unvorhersehbar, unvermeidlich und nicht beeinflussbar sei, ist immer mehr der Betrachtung gewichen, daß Veränderungen der technischen und gesellschaftlichen Situation auf gesetzmäßigen Fortsetzungen bereits erkennbarer, rational analysierbarer Entwicklungstendenzen beruhen.

Prioritäten setzen

Prognosen über die Politik der Zukunft haben sich nicht nur mit dem zu beschäftigen, vorauszuagen, was mit an Sicherheit grenzender oder doch größerer Wahrscheinlichkeit auf uns zukommt, sondern vor allem so umfassend wie möglich die Alternativen möglicher Zukunftsentwicklungen zu analysieren. Hierbei sind die Prioritäten so zu setzen, daß für die Zukunft die Wahrscheinlichkeit des Eintretens "erwünschter" möglicher Alternativen vergrößert, die des Eintretens "unerwünschter" möglicher Alternativen verringert wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich als einzige politische Partei der Bundesrepublik bereits in ihrem Entwurf "Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" zu "mittelfristiger Wirtschafts- und Finanzplanung" als "wichtigen Schritt in Richtung auf eine moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik" und zu einer "Politik der Vorausschau und der mittel- und langfristigen Planung" als Mittel, die Auswirkungen des technischen Fortschritts einschließlich der Automation unter Kontrolle zu bringen, bekannt-

Einklang von Staat und Gesellschaft

Unsere Gesellschaft, die in diesen Tagen immer stärker von wissenschaftlichen Neuerungen und Erfindungen abhängig wird, ist ohne eine Vielzahl von politischen Korrekturen und Eingriffen einfach nicht mehr als funktionsfähig vorstellbar. Sie kann es sich nicht mehr leisten, auf eine Analyse der Zukunft zu verzichten. Der altliberale Traum, die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche könnten unbehelligt einem spontanen Wachstum überlassen bleiben, ist von denen noch nicht ausgeträumt, die in der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts leben und Staat und Gesellschaft als zwei verschiedene Dinge betrachten. Die dualistische Auffassung von Staat und Gesellschaft, die der Generalsekretär der CDU, Heck, im Namen seiner Partei erst kürzlich bekräftigt hat, kann nicht mehr länger aufrechterhalten werden.

Politische Entscheidungen werden in immer höherem Maße abhängig von den Vorstellungen, die wir uns von der Zukunft machen. Daß die

richtige Analyse der Entwicklung der Zukunft Voraussetzung für politischen Erfolg ist, ist keine originelle Erkenntnis, aber sie zeigt die Notwendigkeit, die Vielfalt möglicher Zukunftsentwicklungen zu durchdenken. Ein großer Teil schwerwiegender Fehler in der Politik wie in der Wirtschaft in der Vergangenheit resultiert nicht zuletzt daher, daß, sei es aus Gewohnheit oder Bequemlichkeit, unterstellt wird, die einmal aufgestellten Grundsätze müßten in aller Zukunft richtig sein.

Für eine Politik, die dem komplizierten Geflecht politischer und sozialer Wechselwirkungen gerecht werden soll, reicht der gesunde Menschenverstand nicht mehr aus, auch nicht die Intuition des großen Politikers. Der Politiker bedarf mehr und mehr wissenschaftlicher Entscheidungshilfen. Eine wissenschaftliche Beratung der Politik wird daher immer mehr zu einem integrierten Bestandteil der Politik entwickelt werden müssen. In der Regierungserklärung hat Bundeskanzler Willy Brandt deutlich gemacht, daß die neue Bundesregierung die wissenschaftliche Planung ihrer Arbeit kräftig zu forcieren gedenkt.

Wissenschaftlich planen

Auch die hessische Landesregierung hat in ihrer vor dem Landtag am 22. Oktober 1969 abgegebenen Regierungserklärung betont, daß eine wissenschaftlich-planende Beschäftigung über die Formen der zukünftigen Regierungstechnik dringend geboten erscheint. Gleichzeitig hat sie angekündigt, daß sie zur Unterstützung der Planungsarbeit der Landesregierung in Kürze einen aus Wissenschaftlern und Praktikern bestehenden Beirat für Forschung und Planung berufen wird.

Während in den Vereinigten Staaten Großforschungsinstitute, genannt "Denkfabriken", sich um die Lösung weitgesteckter Frazer-Komplexe bemühen, sieht die Bilanz der Versuche in Deutschland, unabhängig von Interessengruppen Zukunftsforschung zu betreiben, die sich ernsthaft mit der sorgfältigen gesellschaftspolitischen Analyse der Gegenwart beschäftigt, im Hinblick auf die für sie jährlich aufzubringenden Millionenbeträge prekär aus. Sie droht sich vielmehr einseitig an industriell ausgerichteten Zielen und technologischen Entwicklungslinien zu orientieren.

Diese Institute beschäftigen in den USA eine große Anzahl von hochqualifizierten Spezialisten, wie z.B. Systemanalytiker, Kybernetiker, Mathematiker, Physiker und Sozialwissenschaftler. In diesen "Denkfabriken" werden die Grundlagen für zukünftige politische Entscheidungen getroffen und Alternativen für oder gegen politische Lösungen erarbeitet.

Die sich im Zeitalter des Computers immer größerer Beliebtheit erfreuenden, mathematische Gewißheit beanspruchenden Versuche, Entwicklungsprozesse dynamischer, technologischer, wirtschaftlicher und politischer Art bis in alle Einzelheiten in mathematischen Formeln zu erfassen, um mit ihrer Hilfe präzise Modelle der Gesellschaft zu ent-

werfen und gesellschaftliche Prozesse exakt vorauszusagen, sind ein uralter Traum der Wissenschaft. Es wird hierbei aber meist übersehen, daß gerade bei der vollständigen Beschaffung der erforderlichen Daten die unüberwindlichen Hindernisse exakt mathematischer Prognostik liegen. Das perfekte Modell der Gesellschaft wird nicht prognostizieren können, wie der Prognostiker selbst auf zukünftige Ereignisse reagieren wird, die ihm im Zeitpunkt der Prognose noch nicht bekannt sind.

Bessere politische Bildung

Das gesamte Wissen über zukünftige Möglichkeiten der Politik ist in den letzten Jahrzehnten sprunghaft gewachsen. Die politischen Probleme werden immer komplizierter, die Wirklichkeit der Politik immer schwerer durchschaubar. Es wird daher in der Zukunft entscheidend darauf ankommen, durch eine verbesserte politische Bildung den Bürger zu befähigen, sich im Geflecht der Interessen unserer pluralistischen Gesellschaft zu orientieren. Hierzu bedarf er vor allem aber auch der vollständigen Information. Denn nur durch eine ständige und umfassende Information über die in der Gesellschaft relevanten Vorgänge kann der in einer demokratischen Gesellschaft erforderliche Grad an Transparenz gewährleistet und die Bewußtseinsbildung des Bürgers zu einem demokratischen Selbstverständnis weiterentwickelt werden.

Hilfe für den Politiker

Die Anforderungen an die Politik der Zukunft im Übergang zu den siebziger Jahren werden weiter ansteigen. Durch den schnellen Wandel der technologischen Entwicklung und der Lebensbedingungen wird ein Vorausdenken möglicher Zukünfte dringender und intensiver als bisher geboten sein. Jede Unterlassung von rechtzeitigen Maßnahmen kann Folgen heraufbeschwören, die sich in der Zukunft als irreparabel erweisen.

Wenn auch wissenschaftliche Entscheidungshilfen dem Politiker das Risiko und die Last der Entscheidung nicht abnehmen können, so sind sie doch geeignet, den Spielraum der Entscheidung einzugrenzen. Läge das Wort der letzten Entscheidung aber nicht beim Politiker, hätte Politik aufgehört, eine Sache der Diskussion, der Beratung, der Abstimmung und der Entscheidung zu sein.

Sozialdemokratische Politik war nicht nur in der Vergangenheit, sondern ist auch in der Zukunft vorausschauende, vorsorgende, geplante und planende Politik. Sie wird sich auch in ihrer Politik der Zukunft zielbewußt und entschlossen für eine Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse und einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung einsetzen.

+ + +

Neue Protestmethode eines Amerikaners

Vietnam-Krieg und Steuergelder

Von Paul Neumüller, New York

Als Präsident Nixon, nicht zuletzt unter dem Druck der breiten Öffentlichkeit, am Ende des vergangenen Jahres seinen Plan der "Vietnamisierung" verkündete, verstummten die Kriegsgegner langsam immer mehr. Es war aber sicherlich nur ein vorläufiges Abwartenwollen und eine Ruhe vor dem erneuten Sturm. Erste Anzeichen der Unzufriedenheit über die Stagnation des Vietnam-Krieges zeichneten sich wieder am Anfang dieses Jahres in der Presse, im Fernsehen, im Rundfunk und auf der Straße ab.

Auf höchster politischer Ebene wurde das Problem nochmals aktuell, als Präsident Nixon seinen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1970/71 vorlegte, die Verteidigungsausgaben wohl kürzte, jedoch die geplanten Ausgaben für die Kriegsführung in Vietnam als "Top Secret" behandelte. Auf die massiven Angriffe zahlreicher Abgeordneter entgegnete Nixon, daß mit der Preisgabe dieses Zahlenmaterials, das auch im Zusammenhang mit dem Abzug amerikanischer Truppen aus Vietnam steht, seine Friedensbemühungen gefährdet würden.

In New York hat nun ein junger Rabbiner namens Gluckman bei einem Gottesdienst verkündet, daß er 20 Prozent seiner Einkommensteuer als Protest gegen die Weiterführung des Vietnam-Krieges vorerst auf einem Sonderkonto stilllegen werde. Er begründete diesen Entschluß in einem Brief an die Steuerbehörde, er habe schon seit längerer Zeit gegen die Weiterführung des Krieges in Vietnam protestiert und glaube jetzt, daß die einzige Möglichkeit, sich von der Vietnam-Politik der Regierung zu distanzieren, darin liege, daß nicht auch mit seinen Steuergeldern unnötiges Blut vergossen wird. Wörtlich schreibt der Rabbiner "von meinen Steuereinnahmen wurden Patronen für Song My gekauft, die furchtbare Last von Schuld überfällt mich und ergreift auch die amerikanischen Soldaten, die Menschenleben verrichten müssen. Ich liebe mein Land und ich unterstütze sogar die Regierung, aber den Krieg in Vietnam zu unterstützen, wäre eine Hilfe für Mörder und dies kann ich nicht mit meinem Gewissen vereinbaren".

Naturgemäß bildeten sich in der Öffentlichkeit sofort zwei Fronten. Erstaunlich war die Feststellung, daß zahlreiche Geistliche aller Konfessionen Rabbiner Gluckman zu seiner aufrechten Haltung gratulierten und teilweise zum Ausdruck brachten, daß sie seinem Beispiel folgen würden. Es gab aber auch Leute, die erklärten, daß es heute keinen Rabbiner Gluckman geben würde, wenn 1940 alle Amerikaner so gedacht hätten wie er...

Auch dieses Beispiel zeigt, daß der Vietnam-Krieg in Amerika zu einem der größten innenpolitischen Probleme geworden ist. Es ist aber ein gutes Zeichen, daß sich Bürger aus allen Bevölkerungskreisen mit diesem Krieg, jeder auf seine Art, auseinandersetzen.

Die Juden in Rumänien

Konflikt zwischen Kairo und Bukarest

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Zwischen den arabischen Staaten und dem kommunistischen Rumänien bahnt sich ein neuer Konflikt an, der vermutlich im März auf einer geplanten Konferenz in Bagdad in Form eines arabischen Handelsboykotts gegenüber Rumänien zum Ausdruck kommen wird. Denn wie die ägyptische Nachrichten-Agentur MENA in vorwurfsvollem Ton feststellt, ist zwischen Rumänien und Israel ein Abkommen über die Auswanderung von insgesamt 40.000 Juden aus Rumänien nach Israel abgeschlossen worden, von dem bereits in den kommenden Monaten zunächst 15.000 rumänische Juden Gebrauch machen werden.

Neben der gleichfalls sehr schwierigen Aussiedlung der Türken aus Bulgarien handelt es sich dabei um die größte organisierte Menschenbewegung auf dem Balkan überhaupt; ihr Ausmaß wird erst deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß in den letzten zehn Jahren nur rund 17.000 rumänische Volksdeutsche die Erlaubnis erhalten haben, sich mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland zu vereinigen, während 60.000 noch immer auf der Warteliste stehen.

Insgesamt sind bereits im Zeitraum von 1965 bis 1967 rund 200.000 rumänische Juden nach Israel ausgewandert, und wenn man die Neuankömmlinge nun noch hinzurechnet, dann dürfte etwa jeder fünfte bis zehnte Israeli rumänischer Herkunft sein. Es ist einigermaßen verständlich, daß dieser Zustrom an neuem Blut aus einem Land, das zu den Geburtsstätten des zionistischen Chassidismus gehört, die Araber verärgert, doch sollte man sich vielleicht auch in Kairo darüber im Klaren sein, daß Rumänien auf diese Weise in erster Linie ein eigenes Problem und erst dann ein Problem der Juden und Israelis löst.

Ursprünglich machte der kommunistische rumänische Staat alle Anstrengungen, um die intelligente und vor allem wissenschaftlich, künstlerisch und händlerisch begabte jüdische Bevölkerung des eigenen Landes vor den eigenen Karren zu spannen. Zu einer Zeit, in der in der Sowjetunion der stalinistische Terror am ärgsten wütete, wurden in Rumänien jüdische Schulen und Theater gebaut. Doch die jüdische Intelligenz mißtraute der rumänischen Nationalitätenpolitik, die sich über kurz oder lang doch nach dem Willen Moskaus zu richten hatte, und ließ sich

entweder von der rumänischen Nationalkultur assimilieren oder ging in die innere Emigration. Eine Massenbasis fand diese innere Emigration des bewußten rumänischen Judentums in den breiten Massen des eigenen Volkes, die durch die Nationalisierungen des Regimes in eine sozial aussichtslose Lage gedrängt worden waren.

Unter diesen Umständen war es nicht erstaunlich, daß es 1949 zur Gründung eines neuen jüdischen Staates in Israel kam, die Begeisterung auch die rumänischen Juden erfaßte; wer von ihnen mit dem Regime noch auf gutem Fuße stand, versuchte alles, um trotz kalten Krieges den Handel zwischen Rumänien und Israel auf ein jährliches Niveau von fünf Millionen Dollar zu steigern. Doch das Regime mißtraute allen Juden, die sich lediglich aus Begeisterung für ihr neues Vaterland für das alte einsetzten; es griff zu einer Methode, die es Stalin abgesehen hatte, indem es die religiösen Einrichtungen des Judentums förderte und unter strenge Kontrolle stellte, die weltlichen Strömungen des national bewußten Judentums jedoch paralyisierte. So gibt es in Rumänien, anders sogar als in Polen, keine jüdischen Klubs, Bibliotheken, Zeitschriften und Zeitungen.

Zum vollkommenen Bruch mit den religiösen Massen, denen man wenigstens die Synagogen erhalten hatte, kam es auf Grund arabischer Interventionen jedoch schon im Jahre 1959, als die diplomatischen Beziehungen zu Israel auf Eis gelegt werden mußten und die Polizei den Rabbi Portuqal verhaftete, der durch seinen Einsatz gegen die Faschisten, später gegen die Kommunisten zu einem Symbol des rumänischen Judentums geworden war. - Rumänien machte das Beste daraus: Gegen Zahlung in harten Devisen erlaubte es der jüdischen Minderheit die Auswanderung. Nach jüdischen Quellen soll der Bukarester Fiskus auf diese Weise nicht weniger als 150 Millionen Dollar eingenommen haben.

Wenn Rumänien nun diese Auswanderungspolitik fortsetzt, befreit es sich im Grunde nur von einer Bevölkerungsschicht, die weder national noch politisch noch sozial einen Platz in der neuen rumänischen Gesellschaft gefunden hat. Jeden Eingriff in diese Politik, die nebenbei der vollkommenen Normalisierung der Beziehungen zwischen Bukarest und Jerusalem dient, muß Rumänien in Wahrung seiner souveränen Rechte zurückweisen. Wieweit Rumänien jedoch seine von den Arabern als proisraelitisch empfundene Politik noch mit dem Prinzip von der begrenzten Souveränität aller Länder des sozialistischen Weltsystems vereinbaren kann, das schließlich in Moskau entschieden werden, das das neueste rumänisch-israelische Abkommen schon der Araber wegen nur mit Unwillen zur Kenntnis genommen hat.

+ + +